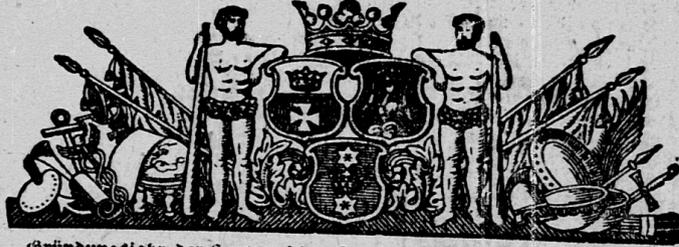


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal.
 Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).
 Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.
 Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Rezhner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die empfangene Kleinzeile oder deren Raum 40 Pfg. für Aufträge außerhalb Ostpreußens 50 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 30 Pfg.) Vorzugsanzüge 1,50 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.
 Postfach-Nummer: 141, Königsberg.
 Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelkirche 7. (Lügow 6202/3.)

Am Weimarer Eröffnungstag. Berner Beschluß. — Offfrontlage. — Thorner Volkszählung.

Weimar.

Von Otto Nischke,

Mitglied der deutschen Nationalversammlung.

(Nachdruck verboten.)

Die Abgeordneten der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung sind in Weimar. Deutschlands Geschichte sollen dort jetzt nicht nur vielleicht für Jahrhunderte gestaltet werden, sondern es gilt ebenso, das Vaterland aus der Zeit der bittersten Not und herbsten Trübsal herauszuführen. Wird die deutsche Nationalversammlung sich der Größe ihrer Aufgaben und ihrer Verantwortung bewußt sein?

Eins ist vor allem anderen vor: Das Reich muß uns erhalten bleiben! Niemand hat gegenwärtig den Plan der Reichszerstückelung innerhalb des Vaterlandes zum Programm erhoben. Auch die, die „Los von Berlin“ rufen, und die das neue Preußen mit den alten Augen ansehen, denken nicht an Deutschlands Zerstückelung. Und dennoch: Wird jetzt die Einheit nicht in wesentlichen Punkten erstritten, behält die Republik Deutschland den gleichen Grad bundesstaatlicher Zuständigkeit wie das Kaiserreich, so fürchte ich, daß Ohnmacht und Zerissenheit und damit Reichszerfall die Folgen sein werden. Weimar muß eine neue Reichsformel werden. Eine sozialistische und demokratische Regierung aber bringt jetzt, nach einer Revolution und nach einem Wohltriumf der Demokratie, einen Entwurf für eine vorläufige Verfassung ein, der zunächst von der Nationalversammlung verlangt, daß sie ihre Souveränität gestirbt soll. Alle Geister sollen künftig der Zustimmung des Staatenausschusses bedürfen, der ein Bundesratsersatz in äufelster Art sein würde. Die Nationalversammlung als uneingeschränkte, alleinige Vertretung der deutschen Nation könnte, besonders, nachdem der Anschluß Deutsch-Osterreichs sicher ist, dem Reichsgedanken zu neuer Stärke und Leuchtkraft verhelfen; ihre Einengung zugunsten einer partikularen, bürokratischen Schöpfung, die im gleichen Maße eine Konzeption an Merkmalen wie an unabhängige sozialistische Reichsdämpfungsstendenzen bedeutet, muß sich wie ein Mehltau auf die erwachende Blüte legen. Wie soll die deutsche Nationalversammlung, das einigere Deutschland schaffen, wenn sie damit beginnen würde, ihre Befugnisse zugunsten einer partikularen Behörde zu halbieren, die sich nur sehr mittelbar auf einen Teil der Wähler in den Einzelstaaten stützen kann? Diese vorläufige Verfassung wäre eine endgültige Verneinung des Einheitsstaats. Auch wenn dieser nicht in seiner Reinheit durchzusetzen ist, so muß doch seine größtmögliche Vollkommenheit angestrebt werden. Soll Kindern und Enkeln das Reich erhalten bleiben, so müssen wir heute nicht nur zum Reichspräsidenten und zum Reichstag kommen, sondern ebenso zu Reichsarmee, Reichszoll, Reichsteuern, Reichspost, Reichseisenbahnen, Reichsstrom- und Reichskanalverwaltung. Das Reich über alles! Unverrückbar muß dieses große Ziel uns vorantreiben. Die Tagesaufgaben werden oft andere sein. Bei der Bildung der Regierung wird die oberste Frage die der Schaffung einer geordneten Heimatsarmee mit festen Befehlshaberhältnissen sein müssen. Aus der sozialen Not kommen wir wahrscheinlich nicht ohne Arbeitszwang heraus. Dem Druck unserer Feinde müssen wir mit stolzem Protest begegnen.

Ueber aller parlamentarischen Tagesarbeit aber muß den Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung das große Ziel schweben, Mehrere der Reichseinheit zu sein. Nur so wird Kindern und Enkeln das Reich bleiben!

Die Eröffnung der Nationalversammlung.

(Eigene Drahtung der „Hartung'schen Zeitung“.)

Am Weimar, 6. Februar. Um 2 Uhr brachen die Fraktionen ihre Sitzungen ab und die Abgeordneten fanden sich nach und nach im Weimarer Theater ein. Viele bekannte Gesichter sah man wieder, aber auch eine große Anzahl Abgeordnete namentlich der Rechten sind verschunden. Es hat den Anschein, als ob auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist, zusammenzuarbeiten und es dürfte vor allem eine Frage des Taktes und der Geschicklichkeit der Führer sein, ein lebensfähiges Kompromiß herbeizuführen.

Berliner Schulleute hatten nach dem Muster der Reichshauptstadt den Platz vor dem Theater gesäubert, wo sich viele eingefunden hatten, um die Abgeordneten und die Minister wenigstens sehen zu können. Die Häuser rings um das Theater sind militärisch besetzt, um jeden Zwischenfall zu vermeiden. Besonders bemerkenswert ist im Sitzungssaal selbst die Vergruppierung der Parteien. Neben die Deutsch-nationale Volkspartei, die früheren Konservativen hat man die Deutsche Volkspartei, die neue Partei des Herrn Stresemann untergebracht, und dann die Demokraten und die Unabhängigen, sodas die Deutsche Volkspartei — die übrigens geführerlos nicht Herrn Stresemann, sondern den Abgeordneten Heinke zum Vorsitzenden gewählt hat, — gleich der rechte Platz angewiesen ist.

Kurz nach 3 Uhr begannen in den Korridoren des Theaters die Glocken zu läuten. Die Sitzung sollte beginnen. Der Saal und die Tribünen sind bis auf den letzten Platz besetzt. Ganz neuartig wurde das Bild durch die Anwesenheit der Frauen, wenn sie auch heute noch nicht rednerisch hervortreten. So legt ihre Anwesenheit doch Zeugnis davon ab, daß ein neuer Geist im Parlament eingezogen ist. Nach 3,15 Uhr betrat Ebert die Rednertribüne, um die Nationalversammlung namens der provisorischen Regierung zu begrüßen, so-

wie um die Richtlinien, die die provisorische Regierung ihrer Tätigkeit zugrunde gelegt hat, auseinanderzusetzen. Vielfach von Zwischenrufen unterbrochen, die aber von dem lebhaften Beifall der Mehrheit immer übertrumpft wurden, hielt Ebert mit klarer und ruhiger Stimme seine Rede. Begreiflicherweise kamen die Unterbrechungen stets von der äußersten Linken oder von der äußersten Rechten. Das Zentrum verhielt sich vollkommen neutral. Die Störungen der Unabhängigen würdigte Ebert keiner Antwort. Als aber die Rechte in ihren Zwischenrufen die Wirkung seiner Rede zu bedrohen suchte, wies er die Opposition mit ruhiger Stimme zurück. Er meinte, die Herren von der Rechten hätten in den schwereren Zeiten die Deutschland in den letzten Monaten durchgemacht hatte, herzlich wenig gelernt, wenn sie ihrer Kritik in solcher Art und Weise Ausdruck verleihen. Die Schlagfertigkeit Eberts hatte zur Folge, daß nunmehr die Opposition während seiner weiteren Ausführungen sich ruhig verhielt. Besonderen Eindruck machte Eberts Hinweis auf den Anschluß Deutsch-Osterreichs, dessen Beworber er als Volksgenossen herzlich begrüßte. Lebhafter Beifall im ganzen Hause bewies, daß man in diesem Punkte wenigstens einig zu sein scheint. Besondere Bedeutung erhielt die Rede des Reichspräsidenten in dem ziemlich kurzen Teile, der sich mit den Waffenstillstandsbedingungen befaßte. Sein Hinweis, wenn man Deutschland weiter so schmachvoll behandle, daß dann der Fall eintreten könne, daß sich keine Regierung mehr findet, die die Waffenstillstandsbedingungen weiterzuführen bereit sei, und wie General von Winterfeldt die Mitarbeit an dem Friedenswerk ablehne und die Verantwortung der Entente überlasse, wurde unter großer Bewegung vom ganzen Hause aufgenommen. Ueber die ärgsten Entbehrungen als Entzungen, so bezeichnete Ebert treffend die Stellung des deutschen Volkes. Und wenn er die Warnung an die Presse der Entente hinzufügte, daß sich bei uns dann eine Taktik der Verzweiflung durchsetzen würde, so mag die Entente die Warnung so auffassen, wie ausgeprochen ist.

Der lebhafteste Beifall der Mehrheit des Hauses ließ am Schluß der Rede erkennen, daß Ebert, abgesehen von einzelnen überflüssigen Einwürfen und Ueberhebungen, im großen und ganzen Worte gefunden hat, die der Stunde gerecht wurden. Daß Ebert vielfach in den Volksversammlungen verfiel, mag mehr Gewohnheit als Abicht gewesen sein.

Der Alterspräsident Pfannkuch nahm sodann den Präsidentensitz ein und konstituierte ein vorläufiges Büro, bestehend aus den Abgeordneten Fischer-Berlin, Raimann-Pöfer, Pfeiffer und Maltewitz. In seiner Ansprache gab Pfannkuch seiner Freude Ausdruck, daß es ihm an seinem Lebensabend vergönnt sei, das Ideal seiner Jugend verkörpert zu sehen und als Erster der Nationalversammlung des deutschen Volkes zu präsidieren. Auch er konnte sich ebenso wie Ebert nicht enthalten, den nunmehr entscheidenden Dynastien schwere Vorwürfe zu machen und ihrer Regierung die Schuld an dem Elend Deutschlands zuzuschreiben. Nach Pfannkuchs Rede fand der namentliche Ausruf statt, um die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen. Dann vertagte sich das Haus auf morgen Nachmittag 3 Uhr, um die Präsidentschaftswahl vorzunehmen.

Am dem Regierungstisch auf der Bühne hatten die Mitglieder der provisorischen Regierung und die Staatssekretäre Platz genommen, während die übrigen Regierungsvertreter hinter dem Tische standen. Die Sitzung verlief ohne besondere Zwischenfälle ruhig, der Würde des Tages entsprechend. Möge der Tag eine gute Vorbedeutung für die weiteren Verhandlungen sein!

Am Weimar, 6. Februar. Zum Vorsitzenden der deutschen Nationalen Volkspartei wurde Graf Posadowski gewählt.

Sitzungsbericht.

Am Weimar, 6. Februar. Um 3 Uhr nachmittags eröffnete der Reichspräsident Ebert die erste Sitzung der deutschen Nationalversammlung im Nationaltheater zu Weimar mit einer Ansprache, in der er u. a. sagte:

Die provisorische Regierung verdammt ihr Mandat der Revolution, sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. Die Regierung begrüßt in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Lebhafter Beifall links, stichend rechts. Aufrechter Blick.) Diese Nationalversammlung hat eine große republikanische Mehrheit. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leichtsinnige Uebermut der Militäristen das deutsche Volk gestürzt hat. Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittellage, denn nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg umgehauer erschöpft. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Gegnern wird der Ausbeutungsgedanke ins Friedenswerk hineingetragen. Dieser Rache- und Vergeltungsgedanke fordert den schärfsten Protest heraus. (Allgemeine Zustimmung.) Angesichts des Massenelends erhebt die Schuldfrage beinahe kein, gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen

ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Weshalb haben nach ihren eigenen Zeugnissen unsere Gegner gekämpft? Um den Militarismus zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr. Er ist für immer erledigt. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmern gestürzt und wird nicht mehr bestehen. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart gewesen und schonungslos durchgeführt worden. Wir warnen die Gegner, uns nicht zum äußersten zu treiben. Wie General Winterfeldt voranzutreiben hat die Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschreiben. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung, und gerade diese, muß daran denken: Nieder argte Entbehrung als Entbehrung. (Lebhafter Zustimmung.) Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilsonsfrieden, auf den wir Anspruch haben. Unsere freie Volkspartei, das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben. (Allgemeine Zustimmung.) Deutschland kann der Welt noch viel leisten. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, in dem Sozialismus, der allein Dauer haben kann, der den Wohlstand und die Kultur des Volkes hebt, dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem bringenden Appell, dem deutschen Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Vergewaltigung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht zu vernichten, was sich hoffnungsvoll angebahnt hat. Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu einigen. Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich die Nationalversammlung für den Anschluß an Deutschland auftrübe und voll Freude begrüße und sie mit herzlicher Brüderlichkeit erwidere. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen sich sicher sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung und Verengung anheimfallen. Nur eine große einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein wirklich aktionsfähiges selbstgestütztes Deutschland kann die Zukunft unseres Volkes sicher stellen. Die provisorische Regierung hat eine sehr hohe Erbschaft angetreten. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte, unsere Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Uebergangszeit zu überwinden. Wir haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unter dem Würdigen entspricht, so müssen die Gründe gerecht gewürdigt werden.

Wir richten deshalb an die Unternehmer den bringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte einzusetzen zur Arbeit, die allein uns retten kann. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zugrunde. Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehat. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Widerpenstigkeit und Bestürzung. Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwundliche Schaffenskraft der deutschen Nation. Die alten Grundsätze der deutschen Wirtschaft sind für immer zerbrochen. Die preussische Hegemonie, das hohenzollerische Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich gemacht. Wir müssen hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Wehrmacht zur geistigen Größe. So wollen wir an die Arbeit gehen, unter großes Ziel vor Augen: das Recht des deutschen Volkes zu wahren, im Deutschland eine starke Demokratie verankern und sie mit wahren, sozialem Geiste und sozialistischer Art erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Fischer der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: Wir wollen errichten ein Reich des Rechts und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenamtlich trägt. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei der Mehrheit.)

Hierauf bestieg der mehrheitssocialistische Abgeordnete Pfannkuch den Präsidentensitz und richtete als Alterspräsident an die Nationalversammlung eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Nicht ist das deutsche Volk ein eigener Herr, keine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wieder unter die brutale Gewalt herrschaft einer Minderheit sich beugen muß. Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation. Sie allein hat von heute an in Deutschland zu entscheiden. Wer ihr die unumkehrbare Gewalt zu schmälern sucht, der treibt an das deutsche Volk Macht und Freiheit. Die ganze deutsche Nation innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen blickt erwartungsvoll auf diese Nationalversammlung. Seien wir würdig unserer umgehauer Aufgaben und tun wir alle unsere Pflicht mit der Liebe zum deutschen Volk und der deutschen Freiheit, die uner aller Herzen und Köpfe erfüllt. Deutschland soll wieder groß werden in der Welt, nicht mit Gewalttaten und Kriegen, sondern durch die befreiende Gewalt des Friedens. Lassen Sie sich in Ihren Beratungen und Beschlußfassungen stets leiten von dem Grundsatz: alles für das deutsche Volk und alles durch das deutsche Volk. Das ist der Segenswunsch, mit dem ich die Tagung der Nationalversammlung eröffne. Sodann wurde die Geschäftsordnung des Reichstages als Provisorium auf Vorschlag des Alterspräsidenten angenommen. Der sodann vorgenommene Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 397 Abgeordneten. Alterspräsident Pfannkuch beauftragte die nächste Sitzung auf Freitag 3 Uhr an. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Schluß 5 Uhr.